

Die Umweltpolitik und -forschung wird erwachsen: die 1980er Jahre

Doris Knoblauch, Elena Hofmann



©fotolia/EvilGirl



©fotolia/Galyna Andrushko



©fotolia/Heng kong Chen

Kurzzusammenfassung

Die wirtschaftliche Stagnation und die Ölpreiskrise hatten Anfang der 1980er Jahre dazu geführt, dass die Umweltpolitik nicht mehr so hoch auf der politischen Agenda stand. In den 1980er Jahren gab es aber eine Vielzahl von Umweltkatastrophen, die eine starke Auswirkung auf das öffentliche Bewusstsein hatten: der Saure Regen, das Waldsterben, das Ozonloch und die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl. Das wachsende umweltpolitische Bewusstsein in Deutschland, das sich auch mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag im Jahr 1983 zeigt, und der daraus resultierende politische Druck führten wieder vermehrt dazu, dass Umweltthemen politische Aufmerksamkeit erlangten.

Die nicht-staatlichen Umweltforschungs- und -beratungsinstitute haben sich in dieser Zeit weiter professionalisiert und profiliert. Die Nachfrage nach Expert/inn/enwissen zur Umweltpolitik wuchs. Mit der Ausdifferenzierung der Umweltpolitik sind deshalb auch immer mehr nicht-staatliche Institutionen auf den Plan getreten. Die Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen, wie dem Umweltbundesamt und dem Umweltministerium, blieb hingegen noch wenig kooperativ.

Dieses Papier ist im Rahmen des Projektes „Vom blauen Himmel über der Ruhr bis zur Energiewende“ (<http://geschichte-umweltpolitikberatung.org/>) entstanden, welches durch das Ecologic Institut mit Unterstützung des Ecornet durchgeführt und durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt gefördert wurde.

1. EINLEITUNG

In den 1970er Jahren entstanden zwei freie Umweltinstitute aus der Anti-Atomkraft- und Bürger/innenbewegung, das Öko-Institut und das Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (IFEU). In den 1980er Jahren etablierten sich diese, weitere Institute wurden gegründet. Wie diese Entwicklungen bewerkstelligt und wodurch begünstigt wurden sowie welche Hindernisse (weiterhin) bestanden, soll in diesem Papier analysiert werden. Auch die Rolle von Umweltkatastrophen, die sich in den 1980er Jahren häuften, muss dabei betrachtet werden.

Im Folgenden wird die Entwicklung der Umweltpolitik und der Umweltbewegung in den 1980er Jahren mithilfe einer Literaturrecherche sowie den Beiträgen der unterschiedlichen Zeitzeug/inn/en des Projektes dargestellt und analysiert, warum diese Entwicklungen so und nicht anders stattfanden. Im nächsten Kapitel wird auf die Methodik des Projektes – die Oral History – eingegangen. Der dritte Teil beschäftigt sich mit dem Umweltbewusstsein und der Umweltpolitik in den 1980er Jahren. Zuletzt wird auf die Rolle der unabhängigen Umweltpolitikberatungsinstitute eingegangen.

Projekthintergrund

Dieses Papier entstand im Rahmen des Projekts „Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende“, Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“ (kurz: das Projekt), welches von Dezember 2012 bis August 2014 durch das Ecologic Institut durchgeführt wurde.

Obgleich Umweltpolitik eines der wichtigsten Politikfelder in Deutschland ist, gibt es bisher wenig Wissen um die Anfänge und Bedeutung der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung in Deutschland. Welche Rolle hat die wissenschaftsbasierte Umweltpolitikberatung für die Umweltpolitik gespielt? Handelte es sich bei der deutschen Umweltpolitik um eine Entwicklung von oben nach unten oder umgekehrt? Welche Faktoren führten zur Entstehung der einzelnen umweltpolitischen Forschungsinstitute? Welche Rolle spielte die Zivilgesellschaft? Was sind die größten Unterschiede in der ost- und westdeutschen Entwicklung in diesem Bereich und wirken sie heute noch nach? Das Projekt zielte darauf ab, diese und andere Fragen zu beleuchten und neues Geschichtswissen zu diesen Zusammenhängen zu schaffen.

2. METHODIK

Im Rahmen des Projekts wurden insgesamt 20 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zur Entstehung und Entwicklung der Umweltpolitikforschung und -beratung interviewt. Die Interviews wurden unter Anwendung der „Oral History“-Methode geführt. Mit der Oral History Methode sammeln Wissenschaftler/innen Erinnerungen und Kommentare geschichtlicher Relevanz. Die Methode wird mittels strukturierter Interviews durchgeführt, die als Video oder in Tonformaten aufgezeichnet und transkribiert werden (Ritchie 2003). In diesem Projekt wurden 19 der Interviews gefilmt, ein Interview wurde telefonisch durchgeführt und aufgezeichnet. Alle Interviews wurden unter Nutzung eines einfachen Transkriptionssystems verschriftlicht. Das Genre dieses Oral History Projekts war eine Mischform aus Themen- und Lebensgeschichte (zur Einordnung siehe: Larson 2006). Aufgrund des Spezifikums der Thematik wurden ausschließlich Expertinnen und Experten interviewt. Die eingeladenen Zeitzeugen waren vornehmlich Gründer nicht-staatlicher Umweltforschungs- und -beratungsinstitute, da diesen Instituten das Hauptinteresse des Projekts zukam. Um die Entwicklung der deutschen Forschungs- und Beratungsinstitute im Umweltbereich einordnen zu können, wurden jedoch auch staatliche Beratungsinstitute und die staatlichen Auftraggeber in das Projekt einbezogen. Es wurden daher zusätzlich Zeitzeuginnen und Zeitzeugen des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltfragen (WBGU), des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU), des Umweltbundesamts und verschiedener Bundesministerien interviewt. Die Auswahl der Zeitzeug/inn/en „von verschiedenen Seiten“ sollte

zudem der häufig kritisierten inhärenten Schwäche von Zeitzeugeninterviews – der inakkuraten oder falschen Erinnerung und Subjektivität – entgegenwirken (Ritchie 2003; Shopes 2002).

Die Auswahl der Interviewerinnen und Interviewer wurde ebenfalls bewusst durchgeführt: Themenorientierte Oral History Projekte profitieren meist von Interviewern mit großem Fachwissen, gleichzeitig wird die Neutralität solcher Interviewer bezweifelt (Larson 2006). Um diese Spannung zu lösen, wurden alle Interviews durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durchgeführt, die heute im Bereich der Umweltpolitikforschung und -beratung tätig sind und die Landschaft entsprechend gut kennen. Allerdings gehörten alle Interviewer/innen einer jüngeren Generation als die Zeitzeug/inn/en an, was die notwendige Distanz ermöglichen sollte.

Die Interviews wurden unter Nutzung eines halbstandardisierten Fragebogens durchgeführt, der an den jeweiligen Zeitzeugen angepasst wurde. Der Fragebogen enthielt folgende Fragenkomplexe: Beschreibung der Entstehungsgeschichte der deutschen Umweltpolitik; Anfänge der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung; Gründungsgeschichte des jeweiligen Instituts des Befragten; Beziehung der Institute zum etablierten Wissenschaftssystem und untereinander; sowie Entwicklungsphasen der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mit entsprechendem Karriere- und Lebenshintergrund wurden zudem über die Rolle der EU für die wissenschaftsbasierte Umweltpolitikberatung und die Entwicklung der Umweltforschung und Umweltbewegung in der DDR befragt. Diese Themenkomplexe wurden in Fragekomplexen zusammengefasst, die jedoch nicht schematisch, sondern dem Gesprächsverlauf angepasst, erfragt wurden. Neben diesem Hauptgerüst wurde für die Zeitzeug/inn/en, die in staatlichen Beratungsinstituten oder für staatliche Behörden tätig waren (oder noch sind), ein zweiter Fragebogen entwickelt. Dieser Interviewbogen lehnte sich in Logik und Struktur stark an den Hauptfragebogen an, betonte jedoch die Entwicklung auf staatlicher Seite sowie die Sicht auf die bzw. Wahrnehmung der Behörden der nicht-staatlichen Institute.

3. DIE NICHT-STAATLICHE UMWELTPOLITIKFORSCHUNG WIRD ERWACHSEN

Die Anfänge der nicht-staatlichen Umweltpolitikforschung und -beratung war gekennzeichnet durch einen „Kampf“ der nicht-staatlichen Institute, ihren Platz in der Wissenschaftslandschaft zu finden und zu behaupten, sich Gehör zu verschaffen und akzeptiert zu werden. Entscheidend für die Entstehung der ersten nicht-staatlichen umweltpolitischen Forschungsinstitute war die Anti-AKW-Bewegung und der daraus resultierende Bedarf an wissenschaftlich gestützten Argumenten für die damit verbundene politische Diskussion (vgl. auch Knoblauch und Mederake 2014). Ende der 1970er Jahre hatten sich die nicht-staatlichen Institute jedoch bereits einen festen Platz gesichert. Mit Amtsantritt Prof. Dr. Klaus Töpfers als Bundesumweltminister entspannte sich auch die zuvor durch Konfrontation und eine Atmosphäre des „Gegengutachtens“ gespannte Stimmung.

3.1 Umweltpolitik und Umweltbewusstsein in den 1980er Jahren

Das Ende der 1970er Jahre war in vielen Industrienationen geprägt von wirtschaftlicher Stagnation, insbesondere als Nachwirkung der Ölpreiskrisen. In der Folge konzentrierte sich die Politik auf Maßnahmen im Bereich Wirtschaftspolitik, sodass die seit den 1960er Jahren entstehende Umweltpolitik auf nationaler Ebene vorläufig in den Hintergrund trat. Zeitzeuge Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker beschreibt diese Situation in Deutschland Mitte der 1970er Jahre wie folgt: „Da hat der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt [1974 -1982, SPD/FDP Regierung] die ganzen Größen der Umweltpolitik zu sich eingeladen, im Wesentlichen um ihnen mitzuteilen: `Ab

jetzt machen wir keine neuen Umweltgesetze mehr. Die Wirtschaft hält das nicht aus.' ... Und ähnlich lief es in Amerika. Das ist dann erst wirklich zum Tragen gekommen mit Ronald Reagan, Anfang der 80er Jahre, der hat einfach gesagt: 'Schluss mit der Umweltpolitik!'" (von Weizsäcker, Interview 20.2.2013). Zeitzeuge Dr. Volker Hauff bestätigt dies und erläutert, dass sich diese Haltung auch mit dem Regierungswechsel 1982, bei dem Dr. Helmut Kohl zum Kanzler einer CDU/FDP Koalition gewählt wurde, nicht änderte. So wurden viele Bereiche der Umweltpolitik „extrem zurück gedrängt [, wie] ... zum Beispiel der Bürgerdialog Kernenergie, der wurde [unter Kohl] sofort abgeschafft“ (Hauff, Interview 19.9.2013).

Umweltproblem I: Saurer Regen und Waldsterben sowie die Gründung der Grünen

Gleichzeitig waren die 1980er Jahre von verschiedenen Umweltkatastrophen geprägt: Als erstes sind dabei der Saure Regen und das daraus resultierende Waldsterben zu nennen. Anfang der 1980er Jahre wurde in Europa das Phänomen des Sauren Regens bekannt, welches durch die Luftverschmutzung der Industrie, besonders durch Schwefeldioxid und Stickoxid, entstand (Schäfer und Metzger 2009). Der Saure Regen schädigte die Umwelt, insbesondere Wälder und das Grundwasser, aber auch Gebäude. Diese – für alle sichtbaren Umweltschäden – führten besonders in Westdeutschland zu großer Besorgnis, vor allem seitens der Medien und in der Folge auch der Bevölkerung, da durch den Sauren Regen die Wälder bedroht waren. Dieses sogenannte Waldsterben wurde durch einen Artikel des Forstwissenschaftlers Prof. Dr. Bernhard Ulrich im Spiegel im Jahr 1981, sowie weitere Veröffentlichungen im Stern und der Süddeutschen Zeitung Anfang der 1980er, öffentlich problematisiert (Schäfer 2012; Schreurs 2002). Einige Wissenschaftler/inn/en wie Boehmer-Christiansen und Skea (1991 in Schreurs, 2002) argumentieren, dass das Waldsterben aufgrund der „kulturbedingten Liebe der Deutschen zu Wäldern“ (Schreurs 2002, 95) in Westdeutschland besonders stark aufgenommen und diskutiert wurde. Schnell wurde das Waldsterben zum wichtigsten umweltpolitischen Thema (Schäfer und Metzger 2009, 201). Aufgrund des öffentlichen Drucks setzte die Bundesregierung Anfang der 1980er Jahre erste Maßnahmen um, darunter die Gründung einer Expertenkommission und eine Initiative zur Luftreinhaltung. Außerdem wurden vermehrt Forschungsaufträge zum Thema Waldsterben vergeben. Dies war bspw. auch für das IFEU in den 1980er Jahren wichtig, da sie sich inhaltlich vermehrt damit beschäftigten (Höpfner, Interview 29.05.2013). 1983 wurde außerdem ein Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ der Bundesministerien für Umwelt und des Innern verabschiedet (Schäfer und Metzger 2009; Schäfer 2012).

Im Jahr 1981 wurde das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) in Berlin gegründet. Zur Vorgeschichte: Mitgründer Prof. Dr. Kreibich als Leiter des Soziologischen Instituts der Freien Universität Berlin gründete zunächst 1968 mit anderen Berliner Professor/inn/en wie Prof. Dr. Helmut Klages und Robert Jungk das Zentrum Berlin für Zukunftsforschung (ZBZ). Im Jahre 1976 entstand aus dem ZBZ die Ausgründung Institut für Zukunftsforschung (Steinmüller 2012; Kreibich, Interview 07.11.2013). 1981 gründete Prof. Dr. Rolf Kreibich dann das IZT, welches im Vergleich zu den anderen Zukunftsforschungsinstituten einen „sehr starken Akzent ... auf Umweltprojekte ... und Energieprojekte“ (Kreibich, Interview 07.11.2013) legte. Im Vergleich zu den existierenden Umweltpolitikinstituten konzentrierte sich das IZT eher auf technologische und Nachhaltigkeitsaspekte, während sich die anderen Institute eher auf klassische Umweltthemen konzentrierten. Hierzu Prof. Dr. Kreibich: „Der Nachteil war der, dass wir nicht so stark profiliert waren auf Umweltpolitik, obwohl wir viel Umweltpolitik und Umweltprojekte gemacht haben. Der Vorteil war der, dass man natürlich vielleicht eher auch dann in die Unternehmen kam, mit denen über technologische Fragen sprechen konnte“ (Kreibich, Interview 07.11.2013). Auch NROs, die sich mit Umweltthemen beschäftigen, wurden Anfang der 1980er gegründet, so z.B. Greenpeace Deutschland direkt 1980 (Greenpeace 2014). Als direkte Reaktion auf das Waldsterben wird 1982 der gemeinnützige Verein Robin Wood von einer Gruppe Umweltschützer/innen gegründet, um durch medienwirksame Aktionen wie die Besteigung von Kraftwerken auf das Waldsterben aufmerksam zu machen

(Robin Wood 2012). Die Gründung dieser Institute, NROs und der AGÖF¹ liegt in einer Zeit, in der Umweltfragen in Politik und Wirtschaft keine wichtige Rolle spielen und herkömmliche Forschungseinrichtungen von staatlicher und universitärer Seite kaum kritische oder ökologische Forschung betreiben. Dies ändert sich im Laufe der 1980er Jahre langsam.

Das Thema Waldsterben wurde darüber hinaus schnell von allen Parteien aufgegriffen, wobei dies laut Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker auf die Gründung der Grünen zurückzuführen ist. Seiner Aussage nach gab es „die Einsicht von Bundeskanzler Kohl, dass eine echte Gefahr besteht, dass die neue grüne Bewegung, zusammen mit den oppositionellen Sozialdemokraten plötzlich eine Mehrheit hat“ und weiter „dachte er, er ist es Deutschland schuldig, jetzt erstmal so grün zu werden, dass die Grünen überflüssig werden“ (von Weizsäcker, Interview 20.2.2013). So kam es laut Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker dazu, dass Deutschland unter der Kohl-Regierung zum Umweltvorreiter in Europa wurde, was viele andere europäische Länder zum damaligen Zeitpunkt überrascht hat (von Weizsäcker, Interview 20.2.2013). Die verschiedenen Ansätze, wie die Umweltprobleme am besten gelöst werden sollten, unterschieden sich freilich zwischen und auch innerhalb der Parteien stark. Einführung eines Tempolimits, Änderungen in der Energieversorgung oder mehr Emissionsschutz in der Industrie waren Aspekte die innerhalb und zwischen den Parteien diskutiert wurden (Schäfer und Metzger 2009). So kandidierten die 1980 gegründeten Grünen bei der Bundestagswahl 1983 mit einem Anti-Kohle und Anti-Atomprogramm, welches auch den Automobilverkehr beschneiden sollte (Schreurs 2002). Bei dieser Wahl wurde Dr. Helmut Kohl in einer CDU/CSU/FDP-Regierung bestätigt und die Grünen zogen das erste Mal in den Deutschen Bundestag ein. Hier zeigt sich ein erster Wandel im Umweltbewusstsein der Deutschen: Nicht nur als politische Treibkraft, auch für die zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Umweltbewegung war der Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag wichtig. So wurde der Zugang zu Informationen vereinfacht, die Umweltbewegungen konnten sich zentralisieren und professionalisieren (Jänicke und Weidner 1997, 146). Zeitzeuge Prof. em. Dr. Eckhard Reh binder beschreibt den Einfluss des Einzugs der Grünen in den Bundestag als Auslöser für „eine Tendenz in der Gesamtgesellschaft, in den politischen Parteien, aber auch in der Wirtschaft, in der Verwaltung, auch im Wissenschaftssystem ... den Umweltschutz irgendwie zu internalisieren. Natürlich mit unterschiedlichen Akzenten, denn da sind ja auch interessengeleitete Gesichtspunkte zu beachten“ (Rehbinder, Interview 05.03.2014). Doch nicht nur im Bundestag, auch auf Landesebene wurde die Partei Die Grünen wichtig. Zum ersten Mal Teil einer Regierung wurde sie im Jahr 1985 in Hessen und übernahm das Ministerium für Umwelt und Energie mit Joschka Fischer an der Spitze.

Der Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag nennt darüber hinaus Zeitzeuge Michael Sailer vom Öko-Institut als wichtiges Moment für die Institutionalisierung des Öko-Instituts. Während Anfragen an das Institut in den 1970ern vor allem von Organisationen, Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen kamen, entstand nun eine starke Nachfrage nach Expert/inn/enwissen zur Umweltpolitik aus dem Parlament. Das Öko-Institut wurde gebraucht um „in parlamentarischen Anhörungen oder bei Diskussionen über Gesetze oder über Energiepolitikformulierungen oder Chemiepolitikformulierungen oder Nuklearpolitikformulierungen dann entsprechende wissenschaftliche Ergebnisse unterzubringen“ (Sailer, Interview 19.09.2013). Dies führte jedoch auch zu Problemen. So wie andere Forschungsstellen als „Hausgutachter“ der etablierten Parteien verstanden

¹ Die Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) wurde 1980 von nicht-staatlichen Instituten wie dem IFEU, dem Öko-Institut und anderen gegründet. Es galt als Möglichkeit Kooperation auszubauen, sich zu Problemen auszutauschen und als Arbeitsgemeinschaft Mittel des damaligen Forschungsministeriums zu akquirieren. Hier zeigt sich, dass trotz angespannter finanzieller Lage der freien Institute, Kooperationen als notwendig angesehen wurden. Zeitzeuge Dr. Ulrich Höpfner beschreibt dies wie folgt: „Das Feld der wissenschaftlichen Probleme war ein derart großes, dass man eher die Lücken sah, die behandelt wurden, als dass man die Konkurrenz sah“ (Höpfner, Interview 29.05.2013).

wurden und Gutachten erstellten, die in deren Sinne waren, so sahen laut Michael Sailer einige Grünenpolitiker/innen das Öko-Institut und andere nicht-staatliche Institute in einer ähnlichen Funktion, und zwar das zu „erforschen“, was „politisch gewollt“ war (Sailer, Interview 19.09.2013). Auch auf Landesebene hatten die Grünen Auswirkung auf die Institutslandschaft. In Frankfurt wird die Umweltpolitikberatung besonders durch die ab 1985 regierenden Grünen vorangetrieben. Das Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) wird zwar erst 1989 offiziell gegründet, entstand jedoch aus der Forschungsgruppe „Soziale Ökologie“, die ab 1986 ein Gutachten für die Hessische Landesregierung verfasste.

Tabelle 1: Eckpunkte bei der Entwicklung der Umweltpolitik und -forschung

Jahr	Ereignis
1980	Gründung Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) Gründung Greenpeace Deutschland
1981	Gründung des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT)
1982	Gründung Robin Wood (Verein)
1983	Einzug der Grünen in den Bundestag
1985	Gründung Institut für Ökologisches Wirtschaften (IÖW) Rot-Grüne Landesregierung in Hessen
1986	Nuklearkatastrophe in Tschernobyl Gründung Forschungsgruppe „Soziale Ökologie“ in Frankfurt/Main; später ISOE- Institut für sozial-ökologische Forschung Gründung des Forschungszentrums für Umweltpolitik (FFU) an der Freien Universität Berlin Gründung der Forschungsstelle für Umweltrecht an der Universität Frankfurt Erstes Gutachten des Öko-Instituts und IÖW fürs BMWi zur Atomenergie
1987/8	Auflösung des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft (IIUG) am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)
1989	Gründung des Instituts für Sozial-Ökologische Forschung (ISOE)
1990	Wiedervereinigung Deutschlands Gründung des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UfU)
1992	Gründung des Wuppertal-Instituts (Staatlich gefördert) Gründung des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) (staatlich gefördert)
1995	Gründung des Ecologic Instituts

Quelle: eigene Darstellung

Umweltproblem II: Das Ozonloch

Ein weiteres massives Umweltproblem – neben dem Sauren Regen und dem Waldsterben – war das Ozonloch, das 1985 entdeckt wurde. Bereits in den 1970er Jahren warnten erste Wissenschaftler/inn/en vor der Zerstörung der Ozonschicht durch FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoffe), welche unter anderem zur

Wärmeisolation, für Kühlschränke und Klimaanlage genutzt wurden. Dies führte zwar zu ersten internationalen Bemühungen, die Nutzung von FCKW einzuschränken, doch erst als 1985 die Fachzeitschrift *Nature* erstmals vom Ozonloch über der Südhalbkugel berichtete, wurden ernsthaftere Bemühungen angeregt. Noch kurz vor der Veröffentlichung wurden im März 1985 im Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht nur ungenaue Vereinbarungen ohne Fristen oder Sanktionen getroffen (Meadows, Randers und Meadows 2008, 192–209). Doch da durch Messungen über der Antarktis schnell klar wurde, dass Chlor und somit vom Menschen genutztes und produziertes FCKW zu dieser Umweltzerstörung führte, war politisches Handeln nötig. 1987 wurde in Montreal (vgl. auch Duwe und Mederake 2014), vorangetrieben vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Environmental Programme, UNEP) das Montreal-Protokoll zum Schutz der Ozonschicht verabschiedet, welches von 47 Nationen ratifiziert wurde. Hier zeigt sich, wie die Wahrnehmung eines globalen Umweltproblems dazu führte, dass internationale politische Zusammenarbeit möglich und vor allem erfolgreich sein konnte. 1990 wurde das Montreal-Protokoll, das 2000 in Kraft trat, dahingehend verändert, dass ein verbindliches Verbot der FCKW-Produktion ausgesprochen wurde. Dem Montreal-Protokoll von 1990 traten insgesamt 195 Staaten bei, was eine wesentlich effektivere Auswirkung auf die Verbesserung der Ozonschicht hatte, als das von 47 Staaten unterstützte Montreal Protokoll von 1987. Gleichwohl ist festzuhalten, dass das Montreal-Protokoll im Jahre 1987 einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung darstellte (Meadows, Randers und Meadows 2008, 192–209).

Umweltproblem III: Reaktorunfall in Tschernobyl

Deutschland und viele weitere Teile der Weltgemeinschaft wurden schon 1986, nur ein Jahr nach Bekanntwerden des Ozonlochs, mit einer weiteren grenzüberschreitenden Umweltkatastrophe konfrontiert. Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl, Ukraine, im April 1986, führte den Menschen die große Gefahr, die von der Atomenergie ausgeht, vor Augen. In Deutschland war die Hauptauswirkung die Angst seitens der Bevölkerung, bestimmte verstrahlte Lebensmittel nicht essen zu können und radioaktiver Strahlung z.B. von Sand auf Kinderspielplätzen ausgesetzt zu sein. Die Zahl der vehementen Atomkraftgegner/innen in der westdeutschen Bevölkerung stieg von 13% auf 27% (Köcher 2011). Der Reaktorunfall in Tschernobyl führte zu starker Besorgnis innerhalb der Bevölkerung, welche dadurch, wie das Innenministerium mit der Situation umging, noch verschärft wurde. So behauptete Innenminister Dr. Friedrich Zimmermann zunächst, dass die radioaktive Strahlung aus Tschernobyl keine Gefahr für die bundesdeutsche Bevölkerung darstelle, da die Entfernung zum Unglücksort viel zu groß sei. Außerdem erklärte er, dass etwas ähnliches in Deutschland selbst bei einem Flugzeugabsturz auf ein Atomkraftwerk undenkbar sei, was besonders im Angesicht eines Störfalls im Kernkraftwerk Hamm-Uentrop im Mai 1986 auf viele Bürger/innen unglaubwürdig wirkte (Arndt 2011). Vor diesem Hintergrund wurde am 6. Juni 1986 durch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gegründet. Hierzu wurden die Kompetenz für Umwelt- und Strahlenschutz aus dem Innenministerium, die Verantwortlichkeit für Umwelt und Naturschutz aus dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und die Zuständigkeit für gesundheitliche Aspekte im Bereich Umwelt, Atom und Chemie aus dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit an das BMU übergeben. Erster Bundesumweltminister war Dr. Walter Wallmann von der CDU. Im Dezember 1986 wurde ein Strahlenschutzvorsorgegesetz verabschiedet, welches verbindliche Vorsorgemaßnahmen vorschreibt und die Messung der Strahlenbelastung regelt (Bundesministerium für Umwelt 2014; von Weizsäcker 1990). Im Mai 1987 übernahm Prof. Klaus Töpfer von der CDU das Amt und stärkte national und international die Bedeutung des Umweltressorts. Beispielhaft ist hierfür sein Engagement als EG-Ratspräsident 1988 zu nennen, welches zur Verabschiedung zahlreicher neuer EG-Richtlinien im Umweltbereich führte (von Weizsäcker 1990).

ISOE-Mitgründer Dr. Thomas Jahn nennt unter anderem auch Tschernobyl als wichtigen Punkt für die Gründung des Instituts da hierdurch ein „ökologisches Krisenbewusstsein“ entstand. „Dieser Moment, das war wie ein Stillstand, wie ein Schock, der in einen normalen Ablauf hineinschlägt, wo plötzlich eine Konstellation innegehalten hat, die man betrachten konnte“ (Jahn, Interview 04.12.2013). Auch auf andere Institute hatte Tschernobyl eine starke Auswirkung. So wurde zum Beispiel das Öko-Institut im Jahre 1986 erstmals vom Bundesministerium für Wirtschaft zu einem Gutachten zum Auslaufen der Atomenergie beauftragt (Jänicke und Weidner 1997). An diesem Gutachten zu den „Wirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie“ ist auch das 1985 in Berlin gegründete Institut für ökologisches Wirtschaften (IÖW) beteiligt. Laut IÖW waren die Thesen „dem Auftraggeber allerdings zu forsch - im Gegensatz zu einer Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung zum gleichen Thema beachtete das Ministerium das IÖW-Öko-Papier kaum“ (IÖW 2010).

Entwicklungen auf internationaler Ebene

Im Jahr 1983 wurde aufgrund beunruhigender Nachrichten der Umweltzerstörung besonders in sog. Entwicklungsländern eine UN Umweltkommission gegründet. Sie entstand auf Initiative der norwegischen Regierung wurde jedoch aufgrund von Druck der sog. Entwicklungsländer unter dem Namen „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ (WCED) geführt. Geldgeber waren Norwegen und andere OECD-Länder, Vorsitzende war die Norwegerin Dr. med. Gro Harlem Brundtland. Brundtland ist norwegische Oppositionsführerin gewesen, bevor sie 1985 zur Ministerpräsidentin gewählt wurde. Wegen ihres Vorsitzes wird die WCED häufig Brundtland-Kommission genannt. 1987 veröffentlichte die Kommission ihren Bericht „Our Common Future“. In diesem Bericht wird die Dringlichkeit einer nachhaltigen Entwicklung, die die „Dauerhaftigkeit des Ökosystems“ (Brundtlandbericht in von Weizsäcker 1990, 122) gewährleistet, betont. Auch die Wichtigkeit von gemeinsamem, globalem Handeln wird hervorgehoben (von Weizsäcker 1990). Zeitzeuge Dr. Volker Hauff berichtet, dass der Brundtlandbericht in Deutschland kaum auf Beachtung stieß. Er charakterisiert die 1980er Jahre als eine Zeit, in der man klar Stellung beziehen musste. „Umwelt oder ökonomische Prosperität“ (Hauff, Interview 19.9.2013) – diese Pole wurden stark gegeneinander ausgespielt. In diesem Zusammenhang wurde der Brundtlandbericht, der die drei Aspekte der Nachhaltigen Entwicklung – Ökologie, Ökonomie und Soziales – als gleichwertig beschrieb, abgelehnt. So wurde laut Dr. Hauff von Seiten der CDU argumentiert, dass der Bericht nur dazu diene, das Thema Ökologie zu stärken, während einige Grüne daran kritisierten, dass das Konzept der Nachhaltigkeit problematisch sei, da es dazu führe, dass der Fokus weiterhin auf der Ökonomie bleibt. „Für viele Jahre wurde deswegen der Brundtlandbericht nicht ernsthaft diskutiert. Er wurde eher mit Nichtbeachtung bestraft“ (Hauff, Interview 19.9.2013; zu den Entwicklungen auf internationaler Ebene vgl. auch Duwe und Mederake 2014).

Mehr Umweltbewusstsein in Deutschland...

Auch die Medien spielen zum Teil eine tragende Rolle in der Veränderung des Umweltbewusstseins in der westdeutschen Bevölkerung sowie dem (Wieder)Erstarken der Umweltpolitik in den 1980ern. Durch das Waldsterben und die Luftverschmutzung änderte sich die Haltung der Medien zu Umweltthemen, sie wurden mehr in der Berichterstattung berücksichtigt. Dies gilt besonders für Medien wie den Spiegel und die Frankfurter Rundschau sowie die 1979 gegründete linke „Die Tageszeitung“ (Jänicke und Weidner 1997, 146,150). Zeitungen und Fernsehsendungen haben so laut Jänicke und Weidner (1997, 150) einen „starken Einfluss auf die Aktivitäten der Industrie und Politik“. Doch auch die nicht-staatlichen Institute selbst versuchten verstärkt in die Öffentlichkeit zu treten. Zeitzeuge Michael Sailer vom Öko-Institut sieht es als „Basis für den Erfolg“ des Institutes,

dass sie „stärker als viele andere Wissenschaftler in die Öffentlichkeit gewirkt haben, aber mit wissenschaftlichen Informationen, ... nicht mit Politikmachen“ (Sailer, Interview 19.09.2013).

... und die Institutslandschaft diversifiziert sich...

Während so mit neuen Instituten wie dem ISOE und dem IÖW neue, sozialwissenschaftlich ausgerichtete Akteure erschienen, waren die in den 1970er Jahren gegründeten Institute wie das IFEU oder das Öko-Institut eher naturwissenschaftlich-technisch ausgerichtet (Sailer, Interview 19.09.2013; Hey, Interview 05.03.2014). Dies änderte sich auch erst in den 1990er und 2000er Jahren. Laut Michael Sailer war es in den 1980er Jahren fürs Öko-Institut noch möglich, rein naturwissenschaftlich zu arbeiten, während heute die Notwendigkeit besteht, auch juristische, ökonomische oder soziale Aspekte zu beachten (Sailer, Interview 19.09.2013). Auch Rüdig (2000, 30) beschreibt eine Veränderung des ökologischen Diskurses. In den 1970er und 1980er Jahren lag der Schwerpunkt der Forschung nicht-staatlicher Institute auf technischen Alternativen zur Atomkraft– die technischen Argumente waren freilich mit ökonomischen, politischen und juristischen Argumenten verknüpft, aber doch technischer Natur. Dieser Technik-Fokus änderte sich während der 1980er Jahre. Technische Alternativen wurden weniger wichtig, dafür wurden ökonomische Argumente immer wichtiger: „To provide an 'alternative' to the establishment, the formulation of an economic position became crucial, with the role of ecological taxation increasingly taking centre stage. This change in the discourse placed the mobilisation of economic expertise centre-stage“ (Rüdig 2000, 30).

Neben den nicht-staatlichen Instituten, die neugegründet werden bzw. sich immer mehr etablieren, werden in den 1980er Jahren aber auch an Universitäten neue Umweltbereiche gegründet. So wird im Jahre 1986 von Prof. Dr. Martin Jänicke und PD Dr. Lutz Mez am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin das Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU, heute Forschungsstelle für Umweltpolitik) und an der Universität Frankfurt die Forschungsstelle für Umweltrecht (Rehbinder, Interview 05.03.2014) gegründet. Die Gründung des FFU wurde ermöglicht durch ein von der VW-Stiftung finanziertes großes Forschungsprojekt an der FU zum Thema „Politik und Ökologie der Industrieländer“, wodurch Forscher/innen aus dem Umweltbereich an die FU kamen. Gestärkt wurde die Rolle des FFU durch die Auflösung des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft (IIUG), welches am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) angesiedelt war und in den Jahren 1987/88 im Zuge einer Umstrukturierung in andere Forschungsbereiche aufging. So kamen viele Forscher wie PD Dr. Lutz Mez, Roland Zieschank, PD Dr. Jobst Conrad und R. Andreas Kraemer an das FFU, welche somit eine Aufwertung erfuhren (Jänicke, Interview 29.05.2013). Die Entwicklung von Umweltforschungsstellen Mitte der 1980er Jahre ist besonders bedeutend, da die Gründung vieler Forschungsinstitute sowohl in den 1970ern als auch in den 1980ern darauf beruhten, dass an den Universitäten weniger kritische Forschung betrieben wurde. Gerade in der Atomforschung spielten die Universitäten eine wichtige Rolle, um die Nutzung und das Bild der Atomenergie voranzutreiben. Viele Themen wie die Risiken der Atomkraft oder alternative Energieträger wurden an universitären Einrichtungen ausgeklammert (Bechmann 1989; Höpfner, Interview 29.05.2013).

Während noch zu Beginn der 1980er Jahre vielen nicht-staatlichen Umweltinstituten und besonders den von ihnen vorgebrachten Themen wenig Beachtung zukam, änderte sich dies Mitte der 1980er Jahre langsam. Hierbei spielte nicht nur die gesteigerte Wichtigkeit der Grünen und das wachsende Bewusstsein der Bevölkerung und der Medien für Umweltthemen eine Rolle. Neben den Grünen begannen nun auch Kommunen und die Industrie Gutachten von Institutionen wie dem Öko-Institut anzufragen (Rehbinder, Interview 05.03.2014). Auch das Wachsen der wissenschaftlichen Umweltszene und ihre enge Kooperation führten dazu, dass ihre Erkenntnisse in der Politik mehr wahrgenommen wurden und auch in den Universitäten Einzug erhielten. Persönliche und institutionelle Kooperation basierte vor allem auf ähnlichen Werten und Erfahrungen. So verstanden sich viele der

Institute als kleine Akteure (im Gegensatz zu den großen politischen, wirtschaftlichen und universitären Akteuren), die bürgernahe, alternative, dezentrale, kritische, ökologische Forschung betrieben (Bechmann 1989).

... doch Herausforderungen bleiben

Doch trotz des gesteigerten politischen Interesses war es auch in den 1980ern für Institute noch schwierig, sich zu entwickeln und zu überleben. Zeitzeuge Michael Sailer führt an, dass in dieser Zeit Mitarbeiter/innen aus Instituten kaum Arbeit in Behörden oder der Industrie finden konnten. Außerdem weist er darauf hin, „dass wir [am Öko-Institut] am Anfang viel mehr mit Angriffen leben mussten oder mit der ungesicherten Zukunft“ (Sailer, Interview 19.09.2013). Auch Zeitzeuge Dr. Hans-Jürgen Nantke, der am Umweltbundesamt tätig ist, betont, dass die freien Institute es nicht leicht hatten, Fuß zu fassen, da die Arbeit der Institute von Seiten der Politik und besonders der etablierten Parteien als interessensgeleitet, unwissenschaftlich und abhängig von der Umweltbewegung diffamiert wurde. Laut Dr. Hans-Jürgen Nantke war es selbst für Mitarbeiter/innen, die diese Institute für Aufträge in Erwägung zogen, schwierig, dies durchzusetzen, da hierfür eine „besondere Begründung“ oder sogar die Erlaubnis des Bundesumweltministeriums von Nöten war (Nantke, Interview 04.12.2013).

Zeitzeuge Dr. Ulrich Höpfner spricht in diesem Zusammenhang sogar davon, dass am IFEU ebenso wie an anderen freien Instituten in den 1980er Jahren „Alibiforschung“ betrieben wurde. Hierbei meint er, dass wenig Aufträge an die Institute vergeben wurden und dass die wenigen Aufträge von der Politik nicht mit Ernsthaftigkeit, sondern eher aus Legitimitätsgründen vergeben wurden. Erst in den 1990er Jahren wurden die Institute ernster genommen. Doch sie wussten sich auch vorher schon zu helfen. So nutzen Institute ABM-Stellen, die vom Arbeitsamt bezahlt wurden, und teilten sich diese untereinander auf, um zumindest ein kleines Einkommen zu haben (Höpfner, Interview 29.05.2013). Diese so genannte Alibiforschung zeigt sich auch in der Beziehung zwischen den freien Instituten und den politischen Institutionen wie dem Umweltbundesamt und dem Bundesministerium für Umwelt. Laut Höpfner gab es zwischen dem IFEU und den politischen Institutionen zwar informelle enge Kontakte, aber praktisch keine formellen. (Höpfner, Interview 29.05.2013)

3.2 Die Rolle der nicht-staatlichen Umweltpolitikforschung

In den 1980er Jahren wurden einige neue Institute, aber auch andere Nichtregierungsorganisationen (NROs), die sich mit Umweltthematiken befassen, gegründet. Gleichzeitig professionalisierten sich die bereits gegründeten sowie die neuen Institute und wurden mehr in den politischen Betrieb einbezogen. Jedoch wurde die nicht-staatliche Umweltpolitikforschung auch in den 1980er Jahren von vielen in der Politik und der etablierten Wissenschaft noch kritisch gesehen. In Bezug auf die Professionalisierung und besonders die steigende Einbeziehung der freien Umweltpolitikberatungsinstitute in die Politik sind besonders zwei Aspekte zu nennen: der Einzug der Grünen in die Politik Anfang der 1980er Jahre einerseits und die Nuklearkatastrophe Tschernobyl im Jahre 1986 andererseits.

Zur Situation der nicht-staatlichen Umweltinstitute in den 1980er Jahren lässt sich abschließend feststellen, dass es zu einer Transformation der Stellung dieser Institute in der politischen Arena kam. Zu Beginn der 1980er Jahre spielte die nicht-staatliche Umweltforschung noch kaum eine Rolle und wurde als unwissenschaftlich und interessensgeleitet wahrgenommen. Gleichzeitig entstanden viele neue Institute und die bereits bestehenden etablierten sich mehr und mehr. Das war vor allem möglich, weil das Erstarken der Grünen und das steigende Bewusstsein für Umweltthemen in der Bevölkerung ausgelöst von Problemen wie dem Waldsterben und Tschernobyl dazu führten, dass Umweltthemen ein wichtiges Thema in der Politik wurden. Dies zeigt sich an politischen und institutionellen Veränderungen, wie der Gründung des BMU im Jahre 1986 und Bemühungen

seitens der Regierung im Umweltbereich. Trotzdem gab es in den 1980er Jahren immer noch einen „Dualismus zwischen Alternativwissenschaft, meistens außerhalb der Unis oder Professoren, die aber außerhalb der Uni tätig waren, ... und der etablierten Wissenschaft“ (Jänicke, Interview 29.05.2013) Dieser wurde erst langsam mit dem Entstehen neuer Forschungsstellen an den Universitäten, aber auch durch die Entwicklungen in den 1990ern aufgebrochen.

Mit Beginn der 1990er Jahre und der Wiedervereinigung kam der Umweltfrage eine neue Bedeutung zu. Aufgrund der starken Umweltzerstörung und -verschmutzung in der DDR wurden in den neuen Bundesländern viele Institute gegründet, die sich mit Umwelt- und Naturschutz und anderen ökologischen Themen befassen. Beispiel hierfür sind die Helmholtz- und Leibniz Institute, die sich in den neuen Bundesländern mit vielen Umweltthemen befassen. Im Jahre 1990 gründete sich in Berlin und Halle/Saale das einzige nicht-staatlich finanzierte Umweltinstitut aus der DDR-Umweltbewegung (Zschiesche, Interview 20.03.2013; vgl. auch Hofmann und Langsdorf 2014). 1992 wurden zwei staatlich finanzierte und sehr wichtige Umweltforschungseinrichtungen gegründet – das Wuppertalinstitut und das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Das Wuppertalinstitut wurde auf Initiative des damaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau als eins von drei interdisziplinären Forschungseinrichtungen in NRW gegründet (Von Weizsäcker, Interview 20.2.2013). Beide Institute eint ein Fokus auf Klimapolitik, welche auch aufgrund der im Jahre 1992 verabschiedeten UN-Klimarahmenkonvention und der Konferenz der Vereinten Nationen über Klima und Entwicklung im selben Jahre, zu Beginn der 1990er stark an Bedeutung gewann. Doch auch Umweltthemen wurden immer wichtiger: 1994 wird Umweltschutz sogar als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen (Jänicke und Weidner 1997). Ein Jahr später gründet sich in Berlin das Ecologic Institut.

Abschließend lässt sich sagen, dass der Anfang der 1980er Jahre als Beginn eines „langsamen[n] ... Prozess[es]“ (Rehbinder, Interview) gesehen werden kann, der erst in den 2000er Jahren zu einer kompletten Akzeptanz der Umweltinstitute führt. So wurde die freie Umweltpolitikberatung vom „Außenseiter“ zu jemandem, „den man akzeptiert hat und dessen Position man auch angehört hat“ (Rehbinder, Interview 05.03.2014).

4. ABSCHLUSSDISKUSSION

Die Anfänge der 1980er Jahre waren in vielen Industrienationen von wirtschaftlicher Stagnation aufgrund der Ölkrise geprägt, wodurch es auf politischer Ebene kaum Raum für Umweltpolitik gab und diese von Wirtschaftspolitik überschattet wurde. Doch verschiedene menschengemachte Umweltkatastrophen in den 1980er Jahren führten zu einer Rückbesinnung auf Umweltthemen. In Deutschland sind hier zunächst das Phänomen des Sauren Regens und das daraus resultierende Waldsterben zu nennen. Diese wurden schnell zum wichtigsten umweltpolitischen Thema und führten durch den starken öffentlichen Druck zu verschiedenen Umweltpolitiken. Das Waldsterben gab der Partei Die Grünen Anschub, die 1983 erstmals bei der Bundestagswahl antraten. Die Professionalisierung der Grünen war auch für die zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Umweltbewegung wichtig. Umweltkatastrophen wie das Ozonloch, das Mitte der 1980er Jahre bekannt wurde, und die Nuklearkatastrophe im Jahre 1986 in Tschernobyl verstärkten die Wichtigkeit von Umweltthemen im öffentlichen Diskurs. Hiervon profitierten die freien Umweltinstitute, die sich in den 1980er Jahren professionalisierten und vermehrt gegründet wurden. So wurden Anfang der 1980er Jahre die Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute, im Jahr 1981 das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung und im Jahre 1985 das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gegründet. Das offiziell erst 1989 gegründete Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) entstand aus der im Jahre 1986 gegründeten, von der rot-grünen Hessischen

Landesregierung geförderten Forschungsgruppe „Soziale Ökologie“. Sowohl auf Landes-, als auch auf Bundesebene war der Einzug der Grünen in die Parlamente von hoher Bedeutung, da dadurch die Nachfrage nach Expert/inn/enwissen zur Umweltpolitik wuchs. So können die 1980er Jahre als Beginn eines Prozesses gesehen werden, in dem die freien Umweltinstitute vom „Außenseiter“ zu jemandem wurde, „den man akzeptiert hat und dessen Position man auch angehört hat“ (Rehbinder, Interview 05.03.2014). Doch die Zusammenarbeit mit den politischen Institutionen, wie dem Umweltbundesamt und dem Umweltministerium waren auch in den 1980ern noch von wenig Kooperation und „Alibiforschung“ geprägt. Daher war die finanzielle und Arbeitslage der freien Umweltpolitikberatung immer noch prekär und unsicher. Erst mit der Wiedervereinigung und der daraus resultierenden Konfrontation mit den starken Umweltschäden in der ehemaligen DDR gewannen sie an Bedeutung. Neben der Gründung vieler neuer staatlicher und nicht-staatlicher Institutionen war auch die Verankerung von Umweltschutz als Staatsziel in der Verfassung ein bedeutender Schritt. Außerdem führte die steigende Wichtigkeit des Klimawandels und -schutzes auf globaler Ebene zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit diesen Themen in Deutschland.

Mithilfe von Literaturrecherche in Kombination mit Interviews von Zeitzeug/inn/en konnte die Entwicklung der freien Umweltpolitikberatung in den 1980er Jahren in der BRD aufgezeigt werden. In dem Projekt wurden auch die Entstehung der Umweltpolitikberatung in der BRD und der DDR sowie die Rolle der EU und globaler Geschehnisse und die Umweltpolitikberatung im vereinigten Deutschland analysiert.

Literatur und Quellen

- Arndt, Melanie. 2011. Tschernobyl. Auswirkungen und Perzeptionen im deutsch-deutschen Vergleich. *Zeitgeschichte-online*, Juni. <http://www.zeitgeschichte-online.de/md=Tschernobyl-Perzeptionen>.
- Bechmann, Arnim. 1989. Erkenntnisweg: Ökologische Forschung. *Wechselwirkung* 40. http://nachmaterialistische-naturwissenschaft.de/02_orientierung/02-00/02-00-02/nana_02-00-02.pdf (Zugegriffen: 1. August 2014).
- Boehmer-Christiansen, Sonja und Jim Skea. 1991. *Acid Politics: Environmental and Energy Policies in Britain and Germany*. John Wiley & Sons Ltd.
- Bundesministerium für Umwelt. 2014. Chronologie umweltpolitischer Meilensteine - 1986. *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)*. <http://www.bmub.bund.de/bmub/chronologie/c-chronologie-umweltpolitischer-meilensteine-1986/> (Zugegriffen: 5. Juni 2014).
- Duwe, Matthias und Linda Mederake. 2014. *Einfluss globaler Themen auf die deutsche Umweltpolitikforschung*. Papier entstanden im Rahmen des Projekts „Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende“ – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung. Berlin: Ecologic Institut.
- Greenpeace. 2014. Historie | Greenpeace. *Greenpeace Deutschland*. <http://www.greenpeace.de/ueber-uns/historie> (Zugegriffen: 10. Juni 2014).
- Hofmann, Elena und Susanne Langsdorf. 2014. *Die Umweltbewegung in der DDR und die Umweltpolitikberatung in den neuen Bundesländern*. Papier entstanden im Rahmen des Projekts „Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende“ – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung. Berlin: Ecologic Institut.
- IÖW. 2010. IÖW: Blick zurück. *IÖW*. <http://www.ioew.de/das-ioew/httpwwwioewde25-jahre-ioew/blick-zurueck/> (Zugegriffen: 5. Juni 2014).
- Jänicke, Martin und Helmut Weidner. 1997. Germany. In: *National Environmental Policies*, hg. von Martin Jänicke, Helge Jörgens, und Helmut Weidner, 133–155. Berlin [u.a.]: Springer. http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-642-60507-9_15 (Zugegriffen: 13. Mai 2014).
- Knoblauch, Doris und Linda Mederake. 2014. *Die Anfänge der nicht-staatlichen Umweltpolitikforschung und -beratung*. Papier entstanden im Rahmen des Projekts „Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende“ – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung. Berlin: Ecologic Institut.
- Köcher, Professor Renate. 2011. Umfrage für die F.A.Z. zur Atomkraft Eine atemraubende Wende. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. April, Abschn. Politik. http://www.faz.net/aktuell/2.2032/umfrage-fuer-die-f-a-z-zur-atomkraft-eine-atemraubende-wende-1628015.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (Zugegriffen: 5. Juni 2014).
- Larson, Mary A. 2006. Research Design and Strategies. In: *Handbook of oral history*, hg. von Thomas L. Charlton, Lois E. Myers, und Rebecca Sharpless, 105–134. Lanham, MD.
- Meadows, Donella, Jorgen Randers und Dennis Meadows. 2008. *Grenzen des Wachstums - Das 30-Jahre-Update: Signal zum Kurswechsel*. Auflage: 3., Auflage. Hirzel, S.
- Ritchie, Donald A. 2003. *Doing Oral History: a practical guide*. Oxford.
- Robin Wood. 2012. 30 Jahre Robin Wood. *Robin Wood*. <http://www.robinwood.de/30-Jahre-ROBIN-WOOD.1003.0.html> (Zugegriffen: 5. Juni 2014).
- Rüdiger, Wolfgang. 2000. Mobilising Environmental Expertise: „Alternative“ Research Institutes in Germany. Unpublished Paper.
- Schäfer, Roland. 2012. „Lamettasyndrom“ und „Säuresteppe“: Das Waldsterben und die Forstwissenschaften 1979-2007. Dissertation, Freiburg: Albert-ludwigs-universität Freiburg, 15. März. <http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/8512/> (Zugegriffen: 5. Juni 2014).
- Schäfer, Roland und Birgit Metzger. 2009. Was macht eigentlich das Waldsterben? In: *Umweltgeschichte und Umweltzukunft: Zur gesellschaftlichen Relevanz einer jungen Disziplin*, hg. von Patrick Masius, Ole Sparenberg, und Jana Sprenger. Universitätsverlag Göttingen.
- Schreurs, Miranda A. 2002. *Environmental Politics in Japan, Germany, and the United States*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Shopes, Linda. 2002. What is Oral History? In: *Making Sense of Evidence series on History Matters: The U.S. Survey on the Web*, 1–23. <http://historymatters.gmu.edu/mse/oral/oral.pdf>.
- Steinmüller, Karlheinz. 2012. *Zukunftsforschung in Deutschland - Versuch eines historischen Abrisses*.

Zeitschrift für Zukunftsforschung 1, Nr. 1 (30. September). <http://www.zeitschrift-zukunftsforschung.de/ausgaben/2012/1/3411>.

Von Weizsäcker, Ernst Ulrich. 1990. *Erdpolitik: Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt*. 2. aktualisierte Auflage. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Zitierte Zeitzeug/inn/en

- Hauff, Volker (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 19.September 2013.
- Hey, Christian (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 05.März 2014.
- Höpfner, Ulrich (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 29.Mai 2013.
- Jahn, Thomas (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 04. Dezember 2013.
- Jänicke, Martin (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 29.Mai 2013.
- Kreibich, Rolf (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 07.November 2013.
- Nantke, Hans-Jürgen (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 04.Dezember 2013.
- Rehbinder, Eckard (2014): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 05.März 2014.
- Sailer, Michael (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 19.September 2013.
- Von Weizsäcker, Ernst Ulrich (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 20.März 2013.

Zschesche, Michael (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 20.März 2013.

Das Ecologic Institut bedankt sich bei allen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die bei diesem Projekt mitgewirkt haben.